

2. 3.1951

Appell der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bundestag zur Ausarbeitung gesamtdeutscher Vorschläge für die Pariser Vorkonferenz:

„Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich mit dem dringlichen Ersuchen an den Bundestag der Deutschen Bundesrepublik, unverzüglich einen gemeinsamen Vorschlag beider Parlamente an die vier Großmächte, deren Vertreter am 5. März 1951 in Paris zur Vorkonferenz für die Ausarbeitung der Tagesordnung der Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs zusammentreten, zu richten, auf die Tagesordnung der Konferenz der Außenminister der vier Großmächte die Frage der Vorbereitung und des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951 zu setzen.“

14. 3.1951

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik vor der Volkskammer zum Kampf um den Friedensvertrag und die Einheit Deutschlands:

Wiederholung des Angebots, „über die zahlenmäßige Stärke, die Bewaffnung und Standortverteilung der Polizei in ganz Deutschland zu verhandeln ..“

„Die Regierung ruft das Volk auf, seine Verbundenheit mit den Beschlüssen des Weltfriedensrats zu bekunden:

... für die Durchführung einer Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung,
für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951,
für die Errichtung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates ...“

9.5. 1951

Rede des Stellvertreters des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer:

„Die Deutsche Volkskammer hat schon mehrfach erklärt, daß sie nicht nur die Remilitarisierung Deutschlands ablehnt, sondern auch bereit ist, ... über die zahlenmäßige Stärke, die Bewaffnung und die Standortverteilung der Polizei in ganz Deutschland zu verhandeln ...“

„Die Volksbefragung (gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages — d. Hrsg.) ist zur vordringlichen Aufgabe des ganzen Volkes geworden.“